

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



INFORMIEREN ■ VERNETZEN ■ HANDELN

POSITIONSPAPIER

Südosteuropa

Wirtschaftswachstum weiter vorantreiben!



Herausgeber:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Vorsitzender:

Dr. Wolfgang Büchele

Geschäftsführer:

Michael Harms

Redaktion:

Anja Quiring
Antje Müller

Redaktionsschluss:

Oktober 2017

Kontakt:

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel: +49 (0) 30 206167-113
E-Mail: ost-ausschuss@bdi.eu

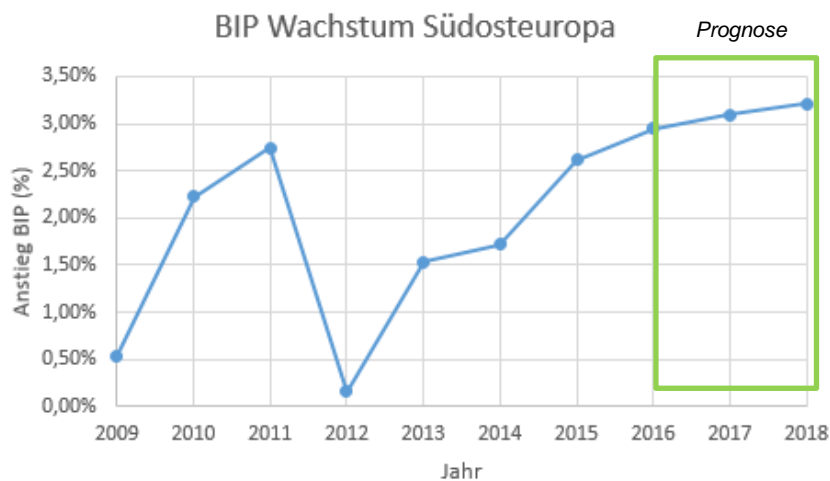
Inhalt

Stellschrauben für wirtschaftliches Wachstum	4
Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	5
Europäische Integration und EU-Binnenmarkt	10

Stellschrauben für wirtschaftliches Wachstum in Südosteuropa

Die Wirtschaft Südosteuropas hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch und zugleich sehr unterschiedlich entwickelt. Aktuell prognostiziert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) für alle Länder der Region ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich drei Prozent. Spitzenreiter ist dabei Rumänien mit einem Wert von fast fünf Prozent. Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch in den aktuellen Zahlen des Ost-Ausschusses zum bilateralen Warenaustausch mit den Ländern der Region wider. So erreichte 2016 das Volumen der mit der Region gehandelten Waren einen Wert von über 46 Milliarden Euro und stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als elf Prozent.

Im Ost-Ausschuss werden die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Rumänien und Serbien als Region Südosteuropa zusammengefasst. Dabei sind die Voraussetzungen der EU-Mitgliedsländer Rumänien, Bulgarien und Kroatien zweifelsohne andere als die der sogenannten Westbalkan-6 (Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Albanien und Kosovo) oder Moldaus.



Quelle: EBRD, *Regional Economic Prospects*, Mai 2017

Kaum eine andere Region verfügt über eine so enge Bindung zur deutschen und europäischen Wirtschaft

Das besondere Potenzial der Region liegt in der Vielfalt des möglichen unternehmerischen Engagements. Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Softwareentwicklung und IT-Services Entwicklung, Digitalisierung, Metallverarbeitung, Tourismus, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Infrastrukturausbau (insbesondere Verkehr und Telekommunikation); in all diesen Branchen sind deutsche Unternehmen bereits aktiv. Und dort liegen weiterhin noch nicht erschlossene Marktchancen. Um diese zu realisieren, sind die Verbesserung der rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen wie auch die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer lokaler Unternehmen,

insbesondere mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt, aber auch die Investitionssicherheit von zentraler Bedeutung.

Prosperität setzt Dialogbereitschaft und regionale Zusammenarbeit voraus

In diesem Sinne stehen die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik sowie die Wirtschaftssysteme der Länder Südosteuropas vor der nächsten Herausforderung: Weitere Impulse für wirtschaftlichen Wohlstand in der Region setzen die intensivere interregionale Kooperation der Länder der sogenannten Westbalkan-6 voraus. Harmonisierungen auf rechtlicher und regulatorischer Ebene müssen dringend auf den Weg gebracht werden.

Es ist aus Sicht des Ost-Ausschusses unabdingbar, dass die Regierungen der Staaten Südosteuropas stärker als bisher den Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse führen. Nur so ist es möglich, gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten und umzusetzen. Neben einem Bürokratieabbau, effizienteren Genehmigungsverfahren und dem Einsatz von eGovernment-Lösungen stellt dieser dialogorientierte „Multistakeholder-Ansatz“ einen wesentlichen Baustein der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung dar.

Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Aus Sicht der deutschen Wirtschaft gibt es insbesondere in den folgenden Bereichen dringenden Handlungsbedarf.

- (1) Modernisierung der industriellen Produktion und Verbesserung der digitalen Infrastruktur;
- (2) Implementierung eines umfänglichen Compliance-Systems;
- (3) Widerstand gegen protektionistische Versuchungen und Erweiterung der Anwendungsfelder des CEFTA-Abkommens für die Länder des Westlichen Balkans und Moldau.
- (4) Entwicklung und Implementierung einer praxisnahen und an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientierten Aus- und Weiterbildung;

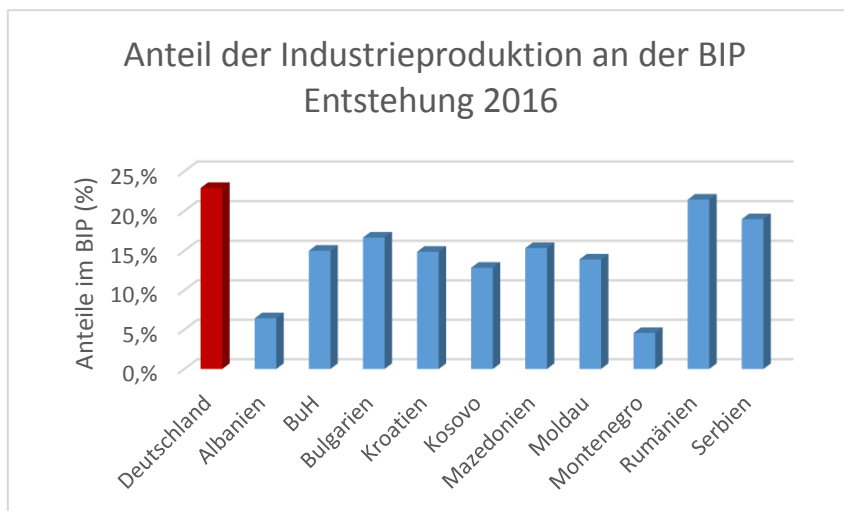
Im Folgenden werden diese Handlungsfelder kurz skizziert und politische Handlungsvorschläge aufgezeigt.

(1) Modernisierung der industriellen Produktion und Verbesserung der digitalen Infrastruktur

Das produzierende Gewerbe sowie die Agrar- und Ernährungsindustrie sind wesentliche Stützen der Volkswirtschaften Südosteuropas und leisten einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Die Länder Südosteuropas bringen aus Sicht des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im

globalen Standortwettbewerb erhebliche Wettbewerbsvorteile mit, die über die vielzitierten Lohnkostenvorteile deutlich hinausgehen. Insbesondere die räumliche Nähe zu den Kern- und Zielmärkten in Westeuropa ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal.

Um diese besondere Position effektiver nutzen zu können, ist aber ein wirtschaftspolitisch und idealerweise auf regionaler Ebene abgestimmtes Vorgehen auf den folgenden Handlungsfeldern von besonderer Relevanz:



Quelle: Ost-Ausschuss; World Bank

Eine Modernisierung der industriellen Basis ist unabdingbar für Südosteuropa und sollte mit Nachdruck von den Regierungen unterstützt werden. Innovationsbasierte Wirtschaften gewährleisten Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum, positive Entwicklung der lokalen Kaufkraft, wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffpreise, fairen und freien Handel und damit eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung. Bereits heute zählen laut dem Bloomberg Innovationsindex 2017 die Länder Kroatien, Serbien und Rumänien zu den Top 50 der innovativsten Staaten weltweit. Die Basis für den Aufbau einer innovativen Struktur in diesen Regionen ist gegeben, andere Länder können und müssen nachziehen.

Innovationen sind unabdingbar für jedes Wirtschaftsunternehmen – unabhängig von Größe und Branche. Nicht in jedem Fall können jedoch Unternehmen aus eigener Kraft innovative Ansätze verfolgen. Hier ist es von elementarer Bedeutung, dass Politik und öffentliche Verwaltung die öffentliche Diskussion dazu positiv begleiten, Impulse geben, aber auch durch flexible Rahmenbedingungen Innovation ermöglichen.

Digitalisierung

Schlagworte wie Industrie 4.0 oder „Industrial Internet“ zeigen, dass insbesondere die industrielle Produktionsweise vor einer revolutionären Veränderung steht. Die Digitalisierung und Vernetzung unterschiedlicher Elemente einer Wertschöpfungskette sind inzwischen unabdingbar und Kern jeder digitalen Transformation eines Unternehmens. Grundvoraussetzung ist

jedoch die Schaffung moderner digitaler Infrastrukturen. Ähnlich wie Energie- und Verkehrsinfrastrukturen gehören inzwischen eine Breitband-Internetanbindung sowie flächendeckende Mobilfunk- und Breitbandinternetnetze zu den Grundvoraussetzungen für Wirtschaftsunternehmen – unabhängig von der Größe und der Branche.

Die Modernisierung solcher Infrastrukturen kann nur im Zusammenspiel zwischen privatwirtschaftlichen Infrastrukturanbietern und der öffentlichen Seite erfolgen. Nur so kann sichergestellt werden, dass basierend auf bestehenden Infrastrukturen weitere Investitionen volkswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden. Dazu ist es erforderlich, dass die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen den Einsatz moderner Infrastrukturen fördern und Anreize für Investitionen bieten. *(Siehe hierzu auch das Positionspapier „Digitalisierung in Südosteuropa – Die vernetzte Zukunft beginnt jetzt!“)*

Der Ost-Ausschuss bietet sich als Partner einer regionalen, branchenübergreifenden ICT-Summits an, in dessen Rahmen die Perspektiven und Herausforderungen der digitalen Transformation erörtert und gemeinsame regionale Strategien entwickelt werden könnten.

(2) Implementierung eines umfänglichen Compliance-Systems

Regelkonformes Verhalten ist ein wichtiger Faktor für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft und die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen. Die Transparenz von Entscheidungsprozessen der Politik und öffentlichen Verwaltung und die Einbindung von Akteuren aus Politik und Gesellschaft in politische Entscheidungsfindungsprozesse sind wichtige Elemente. Dazu gehören auch die entschlossene Bekämpfung von Korruption und ähnlichen Regelverstößen sowie klare rechtliche Regelungen und deren Durchsetzung zu den zentralen Aufgaben der Politik und der öffentlichen Verwaltung.

Der Ost-Ausschuss bietet sich auch hier als Partner an. Wir schlagen vor, eine gemeinsame Initiative mit den Regierungen der Region zu starten, mit dem Ziel, einen freiwilligen Verhaltenskodex der Wirtschaft zu schaffen.

(3) Abbau von protektionistischen Handelsschranken

Im Gegensatz zum Protektionismus führen freier Marktzugang und fairer Handelswettbewerb zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit und somit zu Investitionen, wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung.

Vorteile des freien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs sind:

- Vertrauen in Marktteilnehmer und Aufsichtsbehörden

- Offener Zugang zu allen Märkten erlaubt es Unternehmen, unter gleichen Bedingungen weltweit konkurrenzfähig zu sein
- Vereinfachung der Regulierungsstandards, um Geld, Ressourcen und Zeit zu sparen
- Verbesserter Service für Verbraucher mit einer größeren Vielzahl verfügbarer Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen
- Wettbewerb ermöglicht es Unternehmen, ihr Geschäft effizienter zu organisieren
- Zugang zu Energie und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen

Die Qualität der Regulierungsmaßnahmen muss verbessert und übermäßige Verwaltungsaufgaben müssen reduziert werden. Die Schaffung eines einheitlichen und vorhersehbaren Regelungsumfelds, das effektiv politische Ziele umsetzt, ohne hierbei die betroffenen Unternehmen unverhältnismäßig zu belasten, ist der Schlüssel zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Dazu gehört es auch darüber nachzudenken, wie der Anteil staatseigener und öffentlicher Unternehmen verringert werden kann, insbesondere da, wo Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig sind und staatliche Behörden öffentliche Gelder wettbewerbsverzerrend einsetzen. Eine rasche Privatisierung von Infrastrukturen kann volkswirtschaftliche Synergien heben. Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass eine regulatorische Sonderbehandlung öffentlicher und staatlicher Betriebe zu beseitigen ist (z. B. unterschiedliche gebührenrechtliche oder steuerliche Behandlung wie beispielsweise einheitliche Wegerechtsgebühren für Telekommunikationsnetze).

Schaffung eines regionalen Binnenmarktes („CEFTA“)

Seit mehr als 25 Jahren hat der Transformationsprozess in den südosteuropäischen Partnerländern das wirtschaftliche Gefüge grundsätzlich verändert. Unterschiedliche rechtliche und regulatorische Vorgaben und ein ausgeprägtes System von Zöllen und weiteren Handelsschranken haben sowohl die internationalen als auch die regionalen Handelsbeziehungen maßgeblich beeinflusst und zur wirtschaftlichen Desintegration der Region geführt. Mithilfe regionaler Kooperationsansätze wurde in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, diese strukturellen Nachteile in den heutigen Wirtschaftssystemen in der Region systematisch zu verändern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA), dem inzwischen alle Länder Südosteuropas beigetreten sind, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind.

(4) Ausbau praxisorientierter Aus- und Weiterbildungssysteme in Südosteuropa sowie Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven

Schaffung von dualen Ausbildungs- und Studiensystemen

Neben der Vermittlung von MINT-Kompetenzen gehört die Einführung von dualen Ausbildungs- und Studiensystemen zu den zentralen Hebeln, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger für die künftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wappnen und sich neue Perspektiven eröffnen können. Gesellschaftlich ist dies ein wichtiger Beitrag, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, den „Brain Drain“ zu minimieren sowie einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Die deutsche Wirtschaft wird die Implementierung und Adaption dieser dualen Systeme tatkräftig unterstützen. Bereits jetzt engagieren sich deutsche Unternehmen in den Ländern im Bereich der Aus- und Weiterbildung und stehen den Regierungen für einen Dialog zur Verfügung.

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt setzt beispielsweise der Ost-Ausschuss mit seinem Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans Akzente in der praxisorientierten Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen des Programms absolvieren Studierende und junge Graduierte Praktika in deutschen Unternehmen in Deutschland. Zudem erhalten Unternehmen die Möglichkeiten, Young Professionals bereits frühzeitig und längerfristig an ihre Tochterunternehmen und Partner in der Region zu binden. Seit 2003 haben circa 600 Stipendiaten dieses Programm durchlaufen. Viele von ihnen sind heute in Tochterunternehmen deutscher und anderer internationaler Unternehmen sowie in Führungspositionen von Wirtschaft und Politik in den Ländern beschäftigt. Das Stipendienprogramm trägt zur Verbesserung der Ausbildung in der Region bei, fördert die grenzüberschreitende Verständigung und Pflege weiterführender Geschäftsbeziehungen.

Dem demographischen Wandel in der Region, der insbesondere durch die anhaltende Abwanderung junger Menschen getrieben wird, ist entschieden entgegenzuwirken. Es bedarf eines Bewusstseinswandels, denn aktuell verliert die Region nicht nur Fachkräfte, sondern eine ganze Generation.

Die Umsetzung einer gezielten Modernisierungspartnerschaft mit der damit verbundenen Ausbildung qualifizierter Fachkräfte muss Priorität für die Regierungen der Länder der Region sein. Hierfür steht der Ost-Ausschuss als Partner zur Verfügung.

Ziel bleibt die Integration in den EU-Binnenmarkt

Die Liberalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen muss mit Nachdruck erfolgen. Dazu gehören insbesondere der Abbau von Handelsbeschränkungen für Industrie- und Agrarprodukte, Konsumgüter, Dienstleistungen und Leistungen aus dem Bereich des Betriebs von grenzüberschreitenden Infrastrukturen. Denn ein größerer Markt bietet aufgrund des Skaleneffektes sowohl für das produzierende Gewerbe als auch für Dienstleister und Verbraucher deutliche Vorteile. Neben dem Wegfall von (sektoralen) Zöllen liegt der Mehrwert in der erhöhten Harmonisierung und dem Wegfall von grundsätzlichen Markteintrittsbarrieren bzw. Handelsschranken.

Das CEFTA-Abkommen sollte nur einen ersten Meilenstein darstellen. Ziel muss die Integration der Region in den EU-Binnenmarkt sein. Einen positiven Effekt könnte die bereits jetzt diskutierte weitere Intensivierung der interregionalen Wirtschaftskooperation der sogenannten Westbalkan-6-Länder sein, die einen wesentlichen Beitrag für eine positive wirtschaftliche Entwicklung darstellen würde und im Wesentlichen auch die strukturellen Nachteile der Region überwinden könnte.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Regierungen der Staaten Südosteuropas im Modernisierungsprozess, um damit deren Weg in Richtung einer Mitgliedschaft in der EU zu ebnen und einen Beitrag für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung zu leisten. Die deutsche Wirtschaft steht zu ihren Investitionen in der Region und wird diese nach Kräften auch intensivieren, sofern die regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den skizzierten Bereichen Anreize für weitere Investitionen setzen.

Der Ost-Ausschuss ist Teil der Digital Transformation Initiative WB6+



Über den Herausgeber

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit 1952 als gemeinsames Organ von fünf Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zentraler Ansprechpartner deutscher Unternehmen für die Märkte Russland, Belarus, Ukraine, Zentralasien, Süd-Kaukasus und Südosteuropa. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Aktuelle Statistiken, Positionspapiere und viele weitere Informationen zu den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den 21

Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des Ost-Ausschusses unter **www.ost-ausschuss.de**

Newsletter: Der Ost-Ausschuss bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.ost-ausschuss.de abonnieren können.

Folgen Sie uns auch auf Facebook und Twitter: **@OstAusschuss**.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss
Andreas Metz

Tel.: +49 30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)